Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Mai 2007
– Drucksache 14/1213**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2004 (Nr. 8)
– Erhöhungsanträge bei Infrastrukturmaßnahmen des
öffentlichen Personennahverkehrs**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

1. von der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Mai 2007 – Drucksache 14/1213 – Kenntnis zu nehmen;
2. die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag bis 31. Dezember 2008 einen Erfahrungsbericht zur Höchstbetragsförderung und zur Änderung der Bewilligungspraxis vorzulegen.

12. 07. 2007

Die Berichterstatterin:

Ursula Lazarus

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/1213 in seiner 17. Sitzung am 12. Juli 2007.

Der Berichterstatter für den Finanzausschuss erklärte, der Rechnungshof bemängle in dem aufgegriffenen Denkschriftbeitrag, dass Förderanträge für

große Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Personennahverkehr von Landesseite aus häufig nicht ausreichend geprüft würden und es in der Folge zu zahlreichen Nachfinanzierungen komme. Der Landtag habe entsprechend dem Vorschlag des Rechnungshofs beschlossen, dass verstärkt die Höchstbetragsfinanzierung angewandt werden solle. Durch den Rechnungshof sei an einem konkreten Förderfall verdeutlicht worden, welche Einsparungen sich über die Höchstbetragsfinanzierung erzielen ließen.

Die Landesregierung habe sich die Position des Rechnungshofs zu eigen gemacht. Allerdings interessiere ihn, ob der Rechnungshof die Aussage der Landesregierung in ihrem vorliegenden Bericht als ausreichend erachte, wonach daran gedacht sei, Regelungen über eine Höchstbetragsfinanzierung im Rahmen der derzeit laufenden Neufassung der Verwaltungsvorschrift für die GVFG-Nachfolgeregelung aufzunehmen.

In der gegenwärtigen Praxis erhalte ein Maßnahmenträger auf seinen Antrag hin einen Zuschuss, wenn das Vorhaben als wirtschaftlich eingestuft werde. Stelle sich im Nachhinein heraus, dass eine Fehlplanung vorgelegen habe bzw. unterveranschlagt worden sei, würden die Fördermittel auf einen erneuten Antrag hin erhöht. Vor diesem Hintergrund frage er, wie sich Bürgermeister und Antragsteller verhielten, wenn die Höchstbetragsfinanzierung in die erwähnte Neufassung aufgenommen werde, und ob der erwünschte Effekt tatsächlich eintreten könne.

Der Präsident des Rechnungshofs teilte mit, das Gespräch mit seinem Haus zur Neufassung der Verwaltungsvorschrift habe noch nicht stattgefunden. Was im Übrigen den konkreten Förderfall angehe, den der Rechnungshof in dem aufgerufenen Denkschriftbeitrag dargestellt habe, so sei sein Haus mit dem Ergebnis im Grunde sehr zufrieden. In dem betreffenden Bewilligungsverfahren sei der Zuschuss gemäß der Anregung des Rechnungshofs als Höchstbetrag festgesetzt worden. Dies habe dem Land insgesamt nicht 5 Millionen €, wie es in dem Bericht der Landesregierung heiße, sondern 13 Millionen € eingespart. Die Höchstbetragsförderung habe sich für das Land also gerechnet, während sie für den Vorhabensträger eine empfindliche Maßnahme darstelle. Darüber hinausgehende Beträge müssten letztlich von der Gemeinde bzw. über den Vorhabensträger finanziert werden. Jedenfalls könnten bei einer Höchstbetragsfinanzierung nicht mehr unter Hinweis auf eine ursprüngliche Fehlkalkulation nachträglich zusätzliche Fördermittel vom Land beantragt werden.

Der Berichterstatter für den Finanzausschuss fügte an, seines Erachtens hätten Vorhabensträger in der Vergangenheit die Strategie verfolgt, die Kosten zunächst zu niedrig anzusetzen und später Anträge auf Erhöhung der Fördermittel zu stellen. Dies sei in den letzten Jahren aufgrund der Bewilligungspraxis, der späten Prüfung der Verwendungsnachweise und der Höhe der jährlich zur Verfügung stehenden Fördermittel kein Problem gewesen. Nachdem der Umfang der Fördermittel jedoch von 200 Millionen € auf 65 Millionen € gesenkt worden sei und auch die Kommunen nicht mehr im bisherigen Maß Komplementärmittel hätten bereitstellen können, seien die Förderanträge etwas genauer geprüft worden. Vom Grundansatz her jedenfalls bilde die Höchstbetragsfinanzierung ein Instrument, das zu wirtschaftlichem Verhalten anreize und dennoch die Aufgabenerfüllung ermögliche.

Er schlug vor, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen, und bat ergänzend darum, dem Ausschuss bis zum 31. Dezember 2008 einen Erfahrungsbericht zur Höchstbetragsförderung und zur Änderung der Bewilligungspraxis vorzulegen. In diesem Rahmen solle auch auf die Frage eingegangen werden, wie sich durch die Deckelung der Zuschüsse das Verhalten

der Vorhabensträger in Bezug auf das Einreichen von Förderanträgen entwickelt habe.

Ein Abgeordneter der CDU widersprach der Ansicht seines Vorredners, Vorhabensträger hätten in der Vergangenheit oft die Strategie der Unterveranschlagung verfolgt. Er fuhr fort, die CDU gehe vielmehr davon aus, dass die Vorhabensträger ihre Förderanträge nach bestem Wissen und Gewissen stellten. Doch sei es durchaus möglich, dass sich im Laufe der Zeit aus nicht vorhersehbaren Gründen Kostenerhöhungen ergäben.

Die Landesregierung stehe, wie ihr Bericht zeige, einer Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofs aufgeschlossen gegenüber. Auch die CDU trete den Beanstandungen und Empfehlungen des Rechnungshofs bei. Seine Fraktion sei sich darin einig, dass eine Höchstbetragsfinanzierung wesentlich zur Disziplinierung und zur gewissenhaften Vorbereitung der Projekte beitrage. Angesichts dessen könne die CDU dem Beschlussvorschlag des Berichterstatters durchaus zustimmen.

Daraufhin verabschiedete der Ausschuss einstimmig folgende Beschlussempfehlung an das Plenum:

Der Landtag wolle beschließen,

1. von der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Mai 2007, Drucksache 14/1213, Kenntnis zu nehmen;

2. die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag bis 31. Dezember 2008 einen Erfahrungsbericht zur Höchstbetragsförderung und zur Änderung der Bewilligungspraxis vorzulegen.

20. 07. 2007

Ursula Lazarus